**Stadt Georgsmarienhütte
Der Bürgermeister
Bauverwaltung, Stadtplanung, Tiefbau, Umwelt**

Verfasser/in: Manfred Frühling

**Vorlage Nr. BV/150/2017
Datum: 01.09.2017**

Beschlussvorlage

Beratungsfolge	Sitzungs- datum	Sitzungsart (N/Ö)
Ausschuss für Stadtplanung, Bau, Umwelt und Verkehr	18.09.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (nichtöffentlich)	27.09.2017	N

**Betreff: Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)
Antrag der Georgsmarienhütte GmbH auf Genehmigung wesentlicher
Änderungen von Anlagen zur Lagerung und Behandlung von Abfällen
auf dem Gelände des Stahlwerks**

Beschlussvorschlag:

Planungsrechtliche Bedenken oder Vorbehalte liegen nicht vor.
Dem Vorhaben wird zugestimmt; Nebenbestimmungen werden nicht formuliert.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Datum vom 21.07.2017 (Eingang Stadt 24.07.2017) hat das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg die Stadt Georgsmarienhütte am Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) der Georgsmarienhütte GmbH zur wesentlichen Änderung einer Anlage zur Lagerung und Behandlung von Abfällen auf dem Gelände des Stahlwerks beteiligt. Die abschließende Stellungnahme wird zum 15.09.2017 erwartet; eine Fristverlängerung wurde bereits erwirkt, so dass die abschließende Entscheidung nach der VA-Sitzung am 27.09.2017 dem GAA Oldenburg zugeleitet werden kann.

Folgende vorhandene Zwischenlager- und Behandlungseinrichtungen sollen verändert werden:

1. Anlage zur Behandlung und zeitweiligen Lagerung von Zunder der Sorten 1 bis 3 mit einer Behandlungsleistung (Entwässerung) von bis zu 125 Tonnen je Tag und einer Gesamtlagerkapazität bis 5.115 Tonnen.
2. Anlage zur Behandlung von Abbruch- und Verschrottungsschrotten durch Brennschneiden mit einer Durchsatzkapazität von bis zu 20 Tonnen je Tag.
3. Anlage zur zeitweiligen Lagerung für Schrottpakete mit einer Gesamtlagerfläche von 630 m² und einer Gesamtlagerkapazität von bis zu 1.499 Tonnen.

Diese bestehenden Anlagen sollen um folgende Anlagenteile und Betriebseinheiten erweitert werden:

- a. Erhöhung der Zwischenlagerkapazität für Zunder der Sorte 3 von 1.395 t auf 1.891 t
- b. Schlackenzwischenlager Sekundärmetallurgische Schlacke (SEKS) auf einer Fläche von 3.500 m² mit einer Kapazität von 3.000 t und 20.000 t/a.
- c. Schlackenzwischenlager Elektrolichtbogenofen Schlacke (EOS) auf einer Fläche von 3.000 m² mit einer Kapazität von 3.000 t und 30.000 t/a.
- d. Hüttenmineralstoffgemischzwischenlager (HMGM) auf einer Fläche von 2.000 m² mit einer Kapazität von 2.000 t und 16.500 t/a.
- e. Feuerfestzwischenlage (FF) auf einer Fläche von 1.700 m² mit einer Kapazität von 1.000 t und 3.500 t/a.
- f. Bauschuttzwischenlager (BS) auf einer Fläche von 2.000 m² mit einer Kapazität von 2.000 t und 15.000 t/a.
- g. Schlackenaufbereitung Sekundärmetallurgische Schlacke (SEKS) mit einer Kapazität von 1.000 t/d.
- h. Schlackenaufbereitung Elektrolichtbogenofen Schlacke (EOS) mit einer Kapazität von 1.000 t/d.
- i. Hüttenmineralstoffgemischaufbereitung (HMGM) mit einer Kapazität von 1.000 t/d.
- j. Feuerfestaufbereitung (FF) mit einer Kapazität von 1.000 t/d.
- k. Bauschuttaufbereitung (BS) mit einer Kapazität von 1.000 t/d.
- l. Begrenzung der Aufbereitungskapazität für die Aufbereitung von Sekundärmetallurgischer Schlacke (SEKS), Elektrolichtbogenofen Schlacke (EOS), Hüttenmineralgemisch Schlacke (HMGM), Feuerfestmaterial (FF) und Bauschutt (BS) in Summe auf eine Kapazität von 1.000 t/d.
- m. Erhöhung der Zwischenlagerkapazität für das Schrottwzwischenlager von 1.499 t auf 30.000 t.

Weiter ist die Zusammenführung der Genehmigungen „Entsorgungseinrichtungen“ vom 12.10.2011 und „Zwischenlager- und Behandlungseinrichtungen“ vom 10.09.2014 in die neue Genehmigung „Zwischenlager- und Behandlungseinrichtungen“ sowie die Überführung der Genehmigung für die Schrottbrennanlage aus der Genehmigung „Stahlwerk“ von 27.08.2007 in die neue Genehmigung „Zwischenlager- und Behandlungseinrichtungen“ beantragt.

In der Anlage 1 ist der Lageplan der zum Betrieb erforderlichen technischen Einrichtungen und Nebeneinrichtungen sowie der vorgesehenen Verfahren beigefügt.

Die Fläche ist planungsrechtlich als „Zusammenhängend bebauter Ortsteil“ gem. § 34 BauGB einzustufen. Geprägt ist dieser Bereich durch die vorhandenen Anlagen der Georgsmarienhütte GmbH.

Städtebauliche Absichten der Stadt Georgsmarienhütte, die bereits heute erkennbar sind, werden durch die beantragte Änderung nicht berührt.

Die Kurzbeschreibung sowie die gutachterlichen Stellungnahmen zu den Punkten „Immissionsprognose“ und „Schalltechnische Prognose“ ist als Anlage 2 beigefügt.

Aus Sicht der Verwaltung ist das Vorhaben zulässig und genehmigungsfähig, soweit Belange der Stadt Georgsmarienhütte berührt sind.

Schutzgüter nach § 1 BImSchG werden offenkundig nicht erheblich beeinträchtigt.

Durch die beschriebenen Maßnahmen werden national über 13.000 t Treibhausgasemissionen pro Jahr eingespart.

Die Verwaltung schlägt daher vor, dem Vorhaben zuzustimmen; Nebenbestimmungen werden nicht formuliert.

Anlagen:

Kurzbeschreibung
Lageplan